



Antrag

der Fraktion der SPD

Wie unsere Innenstädte zu Zentren zum Arbeiten, Wohnen und Erleben werden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Zukunftsperspektiven für attraktiven und lebendige Innenstädte und Ortszentren liegen in Nutzungsmischung und hohe Aufenthaltsqualitäten.

Für eine nachhaltige Stadtentwicklung und die Innenentwicklung ist es entscheidend, das Nebeneinander der Nutzungen – wie zum Beispiel Handel, Gewerbe, Handwerk, Industrie und Gastronomie, Wohnen, Bildung, Kultur weiterzuentwickeln.

Die Landesregierung wird deshalb aufgefordert, durch gezielte Maßnahmen gemeinsam mit den Kommunen die Innenstädte und Ortszentren als lebendige Orte zu erhalten und zu stärken:

1. In Zusammenarbeit mit den Kommunen konzeptionelle und strategische Handlungsgrundlagen zu entwickeln, die die Innenstädte und Ortszentren in Schleswig-Holstein attraktiv aufzustellen.
Zahlreiche Erfolgsbeispiele wie der Kleine-Kiel-Kanal oder der Großflecken in Neumünster zeigen ganz deutlich, wie ein starker Staat durch kluge Investitionen Schwung in die Innenstädte bringen kann.
2. Es sind die sogenannten „Dritte Orte“, die die Aufenthaltsqualität in unseren Innenstädten und Ortszentren steigern. Dazu gehören nicht nur die Gastronomie und der Einzelhandel, sondern auch andere öffentliche Orte wie Bildungseinrichtungen, Bibliotheken, Grünflächen oder Kunstcafés. Aber auch Bäckerei-Filialen nehmen eine immer größer werdende Bedeutung als lebendiger Treffpunkt ein und müssen bei künftigen Förderprogrammen mitbedacht werden.
3. Hohe Mieten, Leerstände und Spekulationsobjekte machen Innenstädte und Ortszentren häufig sowohl für den Einzelhandel und die Gastronomie als auch für mögliche Bewohnerinnen und Bewohner unattraktiv. Um dieser Entwicklung zu begegnen, brauchen der Einzelhandel und Gastronomie

Unterstützung bei den Verhandlungen mit Vermietern. Das Ziel ist, eine Mietpartnerschaft zwischen Gewerbetreibenden, Mietern und Vermietern für die Innenstädte und Ortszentren zu erreichen. Dabei hilft die Einführung von Mietspiegeln auch für den Einzelhandel. Zudem soll die Möglichkeit geschaffen werden, leerstehende Objekte nach einem Jahr für öffentliche Zwecke wie Ausstellungen oder Versammlungsräume zu nutzen.

4. Neuere Entwicklungen im Arbeitsalltag vieler Menschen, durch die Nutzung von Home-Office, mobilem Arbeiten oder Coworking-Spaces, sorgen ebenfalls für mehr Leerstand in den Innenstädten und Ortszentren. Daher muss das Land zeitnah ermitteln, wie viel Wohnraum durch Redevelopment, also der Wandlung leerstehender Büro- und Gewerbeflächen in Wohnraum, zur Verfügung stehen würde. Hier verbirgt sich noch nicht gehobenes Potenzial zur Belebung unserer Innenstädte.
5. Um diese vielfältigen Aufgaben bewältigen zu können, bedarf es einer angemessenen finanziellen Ausstattung der Kommunen. Das ist notwendig, um die Lebensqualität in Schleswig-Holstein zu erhalten. Die Aufgabe der Reaktivierung, Neugestaltung und Stärkung der Innenstädte und Ortszentren muss daher auch in den Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen Niederschlag finden und sich im FAG widerspiegeln. Kommunen müssen aktiv dabei unterstützt werden, durch gezieltes Innenstadtmanagement ihre Zentren weiter aufzuwerten.

Das Instrument der Städtebauförderung hat bereits in der Vergangenheit für wichtige Impulse in der Stadt – und Quartiersentwicklung beigetragen. Nun gilt es, auch dieses Instrument für die Zukunft der Innenstädte weiterzuentwickeln.

Begründung:

Leerstände und zurückgehende Besucherzahlen setzen die schleswig-holsteinischen Innenstädte und Ortszentren schon lange unter Druck. Überall im Land stellen einbrechende Umsätze sowohl den Einzelhandel als auch die Gastronomie und Dienstleister bei gleichzeitig steigenden Preisen z.B. bei Energie und Wareneinkauf vor immer größer werdenden Herausforderungen. Diesem Trend muss entgegengewirkt werden.

Die Ursachen für den negativen Trend unserer Innenstädte und Ortszentren sind vielfältig und Entwicklungen wie ein verändertes Konsumverhalten, vielerorts anhaltend hohe Gewerbemieten oder Gebäudespekulationen halten seit vielen Jahren an. Doch die Corona-Krise sowie die durch den Krieg in der Ukraine ausgelösten steigenden Energiepreise kommen mittlerweile noch hinzu. Nichtsdestotrotz dürfen unsere Kommunen mit diesen Herausforderungen nicht alleine gelassen werden. Es braucht Handlungsgrundlagen, die aufzeigen wie diesen begegnet werden kann. Denn die Entwicklungen zeigen sich in ganz Schleswig-Holstein, sowohl in den ländlichen Gemeinden als auch in den Klein- und Mittelstädten bis hin zu den Großstädten.

Serpil Midyatli
und Fraktion